



»Rechtspopulismus in der Arbeitswelt«

– gelesen und vorgestellt von **Tim Ackermann***

In: **express** 10/2020

Allmendinger, Björn/Howind, Sascha (Hg.):
Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe –
Erscheinungsformen – Handlungsoptionen.
Offizin-Verlag, Hannover 2020.
Taschenbuch, 157 Seiten, 10 Euro.

In den letzten Jahren hat innerhalb der AfD und der Neuen Rechten die soziale Frage an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse bei ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern haben diesen Akteuren gezeigt, dass eine spezifisch sozialdemagogische Ansprache von abhängig Beschäftigten sowie Prekarierten vielversprechend sein könnte. Mit der extrem rechten Betriebsratsliste »Zen-trum Automobil« aus dem Daimler-Werk in Untertürkheim gibt es einen betrieblichen Akteur, der über die Erringung von Betriebsratsmandaten versucht, sich eine soziale Basis in den Betrieben zu schaffen. Daneben sorgt die Enttabuisierung rassistischer und menschenverachtender Positionen seit dem vermehrten Zuzug Geflüchteter 2015 sowie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung für Konfliktstoff in den Betrieben. Diese Entwicklungen stellen auch gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretungen sowie gewerkschaftlich Aktive vor neue Herausforderungen.

Im vorliegenden Sammelband »Rechtspopulismus in der Arbeitswelt« greifen 20 AutorInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit diese Themen auf, stellen aktuelle rechte wie extrem rechte Entwicklungen in der Arbeitswelt dar und diskutieren Ansätze der politischen wie gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Ziel ist es, praktische Handlungsoptionen für -Betriebs- und PersonalrätInnen, Vertrauensleute und gewerkschaftlich Aktive darzulegen. Dafür werden sowohl bisherige Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten im Betrieb erörtert als auch weitergehende Überlegungen für künftige Auseinandersetzungen angestellt. Die Publikation ist eng an die gewerkschaftlichen Strukturen in Niedersachsen angebunden, was sich sowohl bei den Herausgebern – Björn Allmendinger ist Regionalleiter der gewerkschaftlichen Bildungsvereinigung Niedersachsen Nord und Sascha Howind leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des IG Metall Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – als auch in der Unterstützung der Veröffentlichung durch den IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie die gewerkschaftliche Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Niedersachsen zeigt.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert und verfügt über einen umfangreichen Anhang. Im ersten Abschnitt werden Hintergründe ausgeleuchtet sowie aktuelle Herausforderungen skizziert. Der Beitrag von Ursula Höger greift die Ergebnisse ihrer Untersuchung über betriebliche Hintergründe rechter Orientierungen auf. Auch wenn der Erklärungsansatz mittels arbeitsweltlicher Nährböden – die Entwicklungen der Arbeitsbedingungen und die Haltung abhängig Beschäftigter zur herrschenden Politik – nicht erschöpfend ist und in

weitere Analysen eingebettet werden muss, liefert er einen wichtigen Baustein für das Verständnis einer Zuwendung abhängig Beschäftigter zur AfD und anderen extrem rechten Akteuren. Der Schlussfolgerung, dass Solidarität konkret erfahrbar gemacht werden muss, ist eine hohe Bedeutung in den Auseinandersetzungen mit rechtem Denken beizumessen. Manuel Wosniak beschäftigt sich mit dem durchaus umstrittenen Begriff des Rechtspopulismus und dessen Verhältnis zum Rechtsextremismus. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass »es sich beim Rechtspopulismus lediglich um eine Vorstufe handelt, die eine dahinter versteckte Radikalität verdeckt« (S. 42). Die daran anschließende Frage, ob dieser Begriff für eine Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteuren überhaupt tauglich oder nicht vielmehr eine Verharmlosung ist, wird leider nicht diskutiert. Eine auch in den gewerkschaftlichen Debatten gerne vergessene Dimension – die der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit – greifen Dorothee Jürgensen und Arnoud Hoogsten auf. Sie beschreiben ihre grenzüberschreitenden Diskussionen und Aktivitäten zu rechten Parteien und Bewegungen im »Interregionalen Gewerkschaftsrat Weser-Ems – Nord Niederlande« (IGR WENN) und enden mit dem so sympathischen wie wichtigen Plädoyer für ein Mehr an gewerkschaftlichen Aktivitäten ohne Grenzen. Eine kompakte Ausleuchtung historischer Vorläufer heutiger extrem rechter Akteure bietet Sascha Howind mit seinem Überblick über die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) und die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft. In der Schwerpunktsetzung auf die Betriebs- und Tarifpolitik der NSBO zeigt sich deren Ausrichtung deutlich: Volksgemeinschaft statt Klassenkampf. Das Aufzeigen des »trügerischen Charakter[s] sozialer Versprechungen des rechten Rands« (S. 60) bleibt auch für die heutigen Auseinandersetzungen bedeutsam.

Der zweite Teil des Buches behandelt Aspekte der aktuellen betrieblichen Auseinandersetzungen mit dem Rechtspopulismus. Dabei berichtet Maurizio Cavaliere von den Aktivitäten der *Initiative Respekt* der IG Metall, die in den vergangenen Jahren ihr Tätigkeitsfeld deutlich ausgeweitet hat. Sie verfolgt das Ziel, »die antifaschistischen, antirassistischen und demokratischen Abwehrkräfte der IG Metall zu stärken« (S. 65f). Hervorzuheben ist dabei, dass vielfältige Informations-, Bildungs- und Vernetzungsangebote insbesondere auf betrieblicher Ebene existieren und von interessierten KollegInnen wie Geschäftsstellen in Anspruch genommen werden können. Giuseppe Gianchino und Joachim Fährmann beschreiben mit der Entstehung und Entwicklung der MigrantInnenvertretung im VW-Werk in Wolfsburg die Geschichte einer Interessenvertretung von unten, die aufgrund von Problemstellungen der damals ausländischen Kolleg*innen im Lauf der Jahre von ausländischen Vertrauensleuten entwickelt und letztlich institutionalisiert werden konnte. Das Aufgreifen von Problemen migrantischer KollegInnen im Betrieb sowie eine damit einhergehende Gestaltung von Prozessen der Integration stellt in diesem Fall eine Erfolgsgeschichte dar und bleibt weiterhin eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Allerdings verweisen beispielsweise die wilden Streiks der italienischen Arbeiter von 1962 darauf, dass die Geschichte auch in Wolfsburg nicht linear verlaufen, sondern selbst Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen ist. Aus der Perspektive von Betriebsrat, Vertrauenskörper und gewerkschaftlicher Betriebsbetreuung berichten Roland Schäfer, Andreas Jahn und Antonio Polentza über die Strategien der extrem rechten Gewerkschafter von Zentrum Automobil im Daimler-Werk Untertürkheim sowie von ihren bisherigen Erfahrungen wie Schlussfolgerungen. Wer sich auf künftige Auseinandersetzungen mit Rechten im Betrieb vorbereiten möchte, kommt an den Erkenntnissen der KollegInnen nicht vorbei. Und so viel sei schon einmal verraten: Neben einer klaren Position gegen Rechts und der Beobachtung der extrem rechten Aktivitäten, geht es im Endeffekt darum, wieder in eine Position des aktiven Handelns zu kommen. Die benannten Elemente – verstärkte Diskussion mit den KollegInnen im Betrieb sowie die Entwicklung gemeinsamer und konkreter Handlungsoptionen – gehen dabei in Richtung des Ausbaus einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik – etwas Einfaches, das schwer zu machen ist. Aber KollegInnen, die in eine gewerkschaftliche Interessenvertretung einbezogen sind und darüber Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können, sind für rechte Propaganda mit Sicherheit wenig empfänglich. Björn Allmendinger und Mark Haarfeldt werfen in ihrem Beitrag zu Oliver Hillburger – einem der Gründer und

die Führungsfigur bei Zentrum Automobil – einen Blick auf dessen biographische Verflechtungen ins neonazistische Milieu und seine Netzwerke in der extremen Rechten. Dabei wird die Verankerung dieses pseudo-gewerkschaftlichen Vereins in den parlamentarischen und außerparlamentarischen Strukturen der Rechten in Deutschland deutlich und auch das Potential, das rechte Kampagnen bei kommenden Betriebsratswahlen -haben könnten.

Denkanstöße für die politische Bildungsarbeit verheißt schließlich der dritte Abschnitt des Buches, in dem es insbesondere um die Handlungsmöglichkeiten gegen die betrieblichen Landnahmen der Rechten geht. Für den Bereich der schulischen politischen Bildung – die durch Denunziationsportale der AfD gegen ihnen politisch unliebsame Lehrkräfte unter Druck steht – fordert Maren Kaminski Haltung ein. Insbesondere kritisiert sie das von der AfD behauptete angebliche »Neutralitätsgebot« politischer Bildung und stellt die im sog. Beutelsbacher Konsens formulierten Grundsätze – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und das Gebot der SchülerInnenorientierung – sowie die gesetzlich festgeschriebenen Bildungsziele der Schulverfassungen vor. Dabei kommt sie zu dem so richtigen wie für engagierte KollegInnen im Lehrbetrieb wichtigen Ergebnis, dass Schule nicht neutral sein kann und es um eine demokratische Parteilichkeit gehen muss. Der Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird von Michael Trube behandelt, der praxisnah die Herausforderungen skizziert, vor denen die organisationspolitische Bildungsarbeit durch die Angriffe der extremen Rechten steht, und zielsicher die Aspekte anführt, die in künftigen Angeboten gegen Rechts berücksichtigt werden müssen. Benannt werden von ihm die Notwendigkeit der Analyse von Inhalten und Strategien der extremen Rechten, die Bedeutung einer Stärkung der gewerkschaftlichen Grundhaltung und die Unterstützung der Fähigkeit zum Argumentieren und Agieren. Dies gilt es umzusetzen. Die vielfältigen Problemstellungen, denen sich Projekte der politischen Bildungsarbeit durch das Erstarken einer parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten gegenüber sehen, werden von Kevin Meninga behandelt. Dabei wird neben der Verharmlosung menschenfeindlicher Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft durch die sozialwissenschaftlich nicht haltbare »Extremismustheorie« auch der durch die parlamentarische Präsenz der AfD erhöhte Rechtfertigungsdruck angesprochen, unter dem zivilgesellschaftliche Akteure im Kampf gegen Rechts stehen. Die vom Autor festgestellte erhöhte Nachfrage nach Angeboten politischer Bildungsprojekte kann im Kontext einer sich politisch polarisierenden Gesellschaft eine Chance sein, demokratische Abwehrkräfte zu stärken.

Etwas aus der Reihe fällt der Artikel von Carla Botzenhardt und Christian Schneider zu den StammtischkämpferInnen-Seminaren. Während die restlichen Beiträge eher versuchen, aus bisherigen Erfahrungen Schlüsse zu ziehen, und fragend voranschreiten, wird hier ein Masterplan präsentiert. Allerdings einer, der nicht überzeugt. Wenn davon gesprochen wird, dass man »in über 750 (...) Seminaren mehr als 12.000 StammtischkämpferInnen ausgebildet« (S. 103) habe und dabei über Tagesseminare von sechs Stunden Länge spricht, dann scheinen Chancen und Grenzen von kurzzeitpädagogischen Angeboten nicht realistisch eingeschätzt zu werden. Man kommt mit solchen Maßnahmen in Relation zu den aufgewendeten Mitteln zwar quantitativ gut in die Fläche, aber eben gerade nicht in die Tiefe. Angemessener wäre es also gewesen, davon zu sprechen, dass man über 12.000 Menschen sensibilisiert habe oder dass man den TeilnehmerInnen den Rücken gestärkt hätte. Auch die pädagogischen Ansätze überzeugen nicht. Wenn davon ausgegangen wird, dass das »Anleiten der Seminare leicht zu erlernen« (S. 107) sei und die »Seminare (...) in verschiedenen Kontexten stattfinden« (S. 103) könnten, dann besteht kein Bewusstsein dafür, dass es Gründe für eine spezifische Theorie und Praxis einer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gibt. Im Normalfall stellt politische Bildung immer wieder fest, dass sie die sogenannten »bildungsfernen Milieus« nicht erreicht. Das könnte unter anderem daran liegen, dass BildungsbürgerInnen mit bildungsbürgerlichen Methoden bildungsbürgerliche politische Bildung für ein bildungsbürgerliches Publikum machen. Dass dies die hegemoniale Form der politischen Bildung in dieser Gesellschaft ist, weist zum einen auf die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse hin, zum anderen verweist es auf die Notwendigkeit eines

spezifischen pädagogischen Zugangs zur gewerkschaftlichen Kernklientel. Hier werden nämlich eben gerade diese angeblich »bildungsfernen Milieus« erreicht, und das in nicht geringer Zahl. Aber die Besonderheiten des gewerkschaftlichen und betrieblichen Feldes sind den AutorInnen eben nicht bewusst, worauf bereits der erste Satz des Artikels hinweist: »Betriebe sind Spiegelbilder der Gesellschaft« (S. 101). Spätestens seit der Studie von Bodo Zeuner u.a. von 2007¹ hätte man wissen können, dass dem nicht so ist und dass man dementsprechend dieses Feld auch pädagogisch nicht so angehen kann wie andere. Die Leistungen der Kampagnen sollen dadurch nicht geschmälert werden, aber ein realitätsgerechterer Blick auf die eigene Tätigkeit wäre den KollegInnen durchaus zu wünschen.

Der umfangreiche Anhang kann als gut nutzbarer Steinbruch für eigene Aktivitäten betrachtet werden. Er umfasst Beschlüsse, Erklärungen und Positionierungen gewerkschaftlicher Gliederungen gegen Rechts, gemeinsame Erklärungen von Gewerkschaften oder betrieblichen Akteuren mit Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden gegen »Fremdenhass« und Gewalt und enthält ein Beispiel für eine Betriebsvereinbarung gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz.

Der kompakte Sammelband bietet einen guten Einstieg in das Feld der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteuren in der Arbeitswelt und liefert einen Überblick über die gewerkschaftlichen Fragestellungen in diesem Themenfeld. Insbesondere hervorzuheben ist die Ebene der eigenen Handlungsfähigkeit, die sich als roter Faden durch die einzelnen Beiträge zieht. Da uns die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in unserem ureigensten Handlungsfeld leider in absehbarer Zeit weiter -beschäftigen wird, ist ihm eine weite Verbreitung in Kreisen antifaschistisch, antirassistisch und demokratisch engagierter KollegInnen in den Betrieben und Geschäftsstellen zu wünschen. Das implizit vorhandene Plädoyer für eine verstärkte organisationspolitische Bildungsarbeit im Kampf gegen Rechts kann dabei nicht oft genug wiederholt werden. Immerhin ist »Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss« (Oskar Negt).

** Tim Ackermann ist Soziologe und arbeitet als Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk NRW e.V.. Er ist ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.*

Anmerkung:

1 Bodo Zeuner, Jochen Gester, Michael Fichter, Joachim Kreis, Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot 2007.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12